

BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 21/0255
41 - Jugendamt			Datum: 25.05.2021
Bearb.:	Becker, Marcus	Tel.: -463	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	10.06.2021	Entscheidung

Projekt Zentrum für kooperative Erziehungshilfe (ZKE) in Norderstedt

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die weitere Förderung des Projektes „ZKE“ für das Schuljahr 2021/2022 in Höhe von 70.794,00 €.

Haushaltsrelevante Daten:

Haushaltsstelle: 363110 533100
 Haushaltsplan: 2021
 Ausgabe: 70.794,00 €
 Mittel stehen zur Verfügung: ja

Sachverhalt

Das Projekt „ZKE“ wurde im Schuljahr 2010/2011 aus der Taufe gehoben und fasst mehrere Methoden unterschiedlicher Akteure an Schulen in Norderstedt mit dem Ziel der schulischen und gesellschaftlichen Inklusion und Integration zusammen.

Die Kooperationspartner, bestehend aus Schulamt, Jugendamt, Erich-Kästner-Schule und dem freien Träger der Jugendhilfe „SOS-Kinderdorf“ bringen ihre unterschiedlichen Professionen in das Projekt mit ein. Im Rahmen seiner Tätigkeit berät und unterstützt das ZKE Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer und deren Umfeld bei dem Bestreben, Schulabbrüche zu vermeiden oder Schüler im Rahmen einer Auszeitmaßnahme wieder in das Regelsystem zu integrieren.

Ein Teil dieser Maßnahme wird durch das Jugendamt der Stadt Norderstedt finanziert.

Zum Zeitpunkt der letzten Vertragsverlängerung wurde das Angebot sowohl für Grundschüler, als auch für die Kinder an weiterführenden Schulen angeboten. Da das Angebot an den weiterführenden Schulen von Seiten der Schule nicht mehr mit Lehrpersonal bedient werden konnte, wurde dieser Teil zum Schuljahr 2019/2020 eingestellt.

Allgemein ist Schule aktuell nicht in der Lage, alle vertraglich zugesicherten Leistungen in das Projekt einzubringen, was zu Überlegungen geführt hat, das Konzept grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

Da auf Grund der Corona-bedingten Herausforderungen und Einschränkungen eine enge Zusammenarbeit zur Neuausrichtung des Projektes in den vergangenen Monaten nahezu unmöglich war, soll der bestehende Vertrag zunächst für ein Jahr verlängert werden.

Dieser Zeitraum soll von allen Akteuren genutzt werden um die Ergebnisse der letzten Jahre zu reflektieren und einen neuen Rahmen für eine gelingende Inklusion und Integration an Schule zu gestalten.

Weitere Erläuterungen erfolgen bei Bedarf in der Sitzung.